

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Josef Muchitsch

Genossinnen und Genossen

betreffend: Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich der Ernennung des neuen Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie zur aktuellen Situation betreffend Ukraine

Inflation wird zu einem noch größeren Problem für viele Menschen

Die ohnehin bereits hohe Inflation wird durch den Krieg hoch bleiben und zumindest kurzfristig noch höher werden – für Februar schätzt die Statistik Austria bereits eine Inflationsrate um die 6% - im Jänner waren es noch 5,1% gewesen. Die Preistreiber bleiben dabei zunächst die Energiepreise – insbesondere Gas und Erdöl. Mit zunehmender Dauer des Konflikts wird es aber auch in anderen Segmenten aufgrund des Ausfalls bzw. der Verteuerung von Vorprodukten zu Preissteigerungen kommen. Das gilt insbesondere für den Lebensmittelbereich, wo die Ukraine ein wichtiger, globaler Getreidelieferant ist. ÖkonomInnen gehen daher allein im Bereich der Lebensmittel - nur durch den Krieg - von bis zu 5% Inflation in den nächsten Monaten aus. Die gestiegenen Gaspreise werden kurz- bis mittelfristig zu einer breiten Verteuerung der Produkte beitragen, sodass sich die Inflation auch auf alle anderen Produkte durchschlagen wird. Darüber hinaus wird es durch Sanktionen und Gegensanktionen zu Störungen in den globalen Lieferketten kommen – diese Störungen gab es schon in der Corona Krise und auch diese werden die Inflation auf hohem Niveau halten bzw. weiter antreiben. Für viele Menschen in Österreich ist die Teuerung der letzten Monate bereits nicht mehr verkraftbar – eine weitere Beschleunigung bzw. ein konstant hohes Niveau der Inflation hat dramatische soziale Auswirkungen.

Wirtschaft in Österreich bereits direkt betroffen

Die österreichische Wirtschaft hat in bestimmten Branchen enge Verflechtungen sowohl nach Russland als auch in die Ukraine. Die hohe Abhängigkeit von russischem Gas ist mittelfristig für die gesamte Industrie ein Problem. Kurzfristig sind auch die hohen Gaspreise ein Problem, weil sie die Produktionskosten auf breiter Front vergrößern. Ex- und Importe mit Russland halten sich jeweils mit 2 Mrd. € (0,5% des BIP) die Waage. Im Exportbereich nach Russland sind insbesondere Maschinen- und Anlagenbau (40% der Exporte nach Russland), der Pharmabereich (23% der Exporte) sowie Lebensmittel (11% der Exporte) betroffen. In die Ukraine werden Waren im Ausmaß von ca. 500 Mio. € aus Österreich exportiert und umgekehrt Waren im Ausmaß von 800 Mio. € aus der Ukraine nach Österreich eingeführt. Die wichtigsten Exportkategorien sind der Pharmabereich (17%) und Maschinen- und Anlagen (16%). Bei den Importen sind es Metallurgische Erze (57%). Insgesamt scheinen die direkten wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und der Ukraine gering – mit 2,5 Mrd. € an Exporten in die Ukraine und nach Russland sind nur 1,7% der gesamten österreichischen Exporte direkt betroffen.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen aber, dass es auch scheinbar kleine Vorprodukte aus der Ukraine sind, die in Europa bereits zu Produktionsschwierigkeiten führen. So fehlen den europäischen Autobauern Kabelstränge, die aus der Ukraine geliefert werden. Werke in Deutschland sowie in Österreich (z.B.: BMW Werk in Steyr) pausieren bereits oder sind kurz vor einem Stillstand. In der hochspezialisierten Produktion können Vorprodukte oft nicht – und besonders nicht sehr schnell – ohne weiteres substituiert werden. Auch in der Holzverarbeitenden Industrie dürfte es jetzt schon zu Problemen kommen, weil Vorprodukte aus der Ukraine fehlen. Durch die Produktionsausfälle sind Arbeitsplätze und bei längerer Fortdauer der Krise möglicherweise ganze Standorte gefährdet.

Handeln bevor es zu spät ist.

Die Regierung wäre gut beraten, die Fehler der Corona-Pandemie nicht zu wiederholen. Ein zaghaftes und unkoordiniertes Vorgehen bei den Wirtschaftshilfen hat zu Beginn der Corona-Pandemie viel Arbeitsplätze gekostet und nach zwei Jahren Krise haben wir gesehen: Österreich zählt zwar zu den Ländern mit den höchsten Wirtschaftshilfen, gleichzeitig gibt es aber in der EU nur 5 Länder (lt. Daten der Europäischen Kommission) die seit Ausbruch der Corona-Pandemie eine schlechtere Wachstumsperformance als Österreich abgeliefert haben. Wir müssen daher aufpassen, nicht noch weiter abzurutschen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat rasch ein Maßnahmenpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Kriegs in der Ukraine vorzulegen. Das Paket soll dabei unter anderem folgende Punkte umfassen:

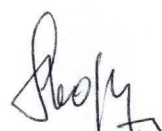
- *Inflationsdämpfende Maßnahmen, wie zum Beispiel eine befristete Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas oder ein Vorziehen der Pensionserhöhung für 2023.*
- *Die Ausarbeitung eines adaptierten Kurzarbeitsmodells gemeinsam mit den Sozialpartnern.*
- *Die Schaffung eines Krisenüberbrückungsfonds für vom Krieg betroffene Unternehmen.“*



(MUCHITSCH)




HOLZNER



[Stadler]



(Kuchler)



(NUSSBAUM)

